

Beschluss

Revolution Bildung – gerecht, demokratisch, solidarisch! Ein Zukunftsplan für moderne, inklusive und demokratische Schulen in Thüringen

Gremium: KV Weimar/Weimarer Land

Beschlussdatum: 17.09.2025

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

1 Bildung ist das Fundament einer demokratischen, solidarischen und
2 zukunftsfähigen Gesellschaft. Unsere Schulen entscheiden maßgeblich darüber, ob
3 alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder
4 Bildungshintergrund der Eltern chancengerecht lernen und sich entfalten können.
5 Die derzeitigen Herausforderungen im schulischen Bereich in Thüringen -
6 Lehrkräftemangel, unzureichende Ausbildungskapazitäten, Überlastung der
7 Lehrkräfte, teils veraltete Curricula und mangelnde Unterstützungssysteme -
8 bedrohen den Bildungserfolg und verschärfen die Lage weiter. Ein Bildungssystem
9 aus dem letzten Jahrhundert, das in alten Strukturen stecken bleibt, führt dabei
10 außerdem zu einer immer stärker wachsenden sozialen Ungleichheit.

11 Es ist die zentrale Aufgabe der Landespolitik, wirksame Maßnahmen zu ergreifen,
12 um diese Missstände schnell und nachhaltig zu beseitigen. Nur mit besserer
13 Lehrkräftegewinnung und -bindung, konsequenter Professionalisierung, gerechter
14 Ressourcenausstattung und inklusiven, zeitgemäßen und pädagogischen Konzepten
15 und einem grundsätzlichen Umdenken können wir gewährleisten, dass Schulen Orte
16 der bestmöglichen Förderung und sozial-emotionalen Entwicklung werden. Ein
17 Angriff auf den Schulfrieden wirkt kontraproduktiv.

18 Die Jusos Thüringen fordert deshalb eindringlich die SPD-Landtagsfraktion, die
19 SPD Thüringen und die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen voranzutreiben
20 bzw. zu unterstützen:

21 1. Lehrkräftegewinnung und -bindung verstärken

22 • Das Lehramtsstudium soll durch Stipendienprogramme, die Ausweitung dualer
23 Studiengänge sowie durch praxisorientierte Forschungspraktika vielfältiger
24 und attraktiver gestaltet werden, um dem drastischen Lehrkräftemangel in
25 Thüringen nachhaltig entgegenzuwirken.

26 • Prämien für Neueinstellungen in Mangelregionen und Mangelfächern sind
27 auszuweiten und dauerhaft zu sichern, um insbesondere ländliche Räume und
28 kritische Disziplinen besser auszustatten.

29 • Das Programm „Unterrichtsversorgung“ muss erweitert werden, sodass nicht
30 mehr nur befristete Jahresverträge möglich sind, sondern auch
31 längerfristige Anstellungen (angehenden) Lehrkräften Perspektiven und
32 Planungssicherheit geben.

- 33 • Quereinsteiger:innen sind gemäß ihrer Bedeutung systematisch und
34 angemessen honoriert einzubinden, flankiert von umfassenden Vorbereitungs-
35 und Begleitprogrammen, um eine hohe Unterrichtsqualität zu gewährleisten.

36 2. Verbesserte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen schaffen

- 37 • Die Stellen der Fachleiter:innen sind auszubauen und mit ausreichend
38 Personal zu besetzen, welches für die Aufgabe mit einer angemessenen
39 Stundenabminderung ausgestattet wird, um fachliche Anleitung und
40 pädagogische Begleitung auf hohem Niveau sicherzustellen.
- 41 • Das Referendariat ist ortsnah und bedarfsgerecht zu gestalten; unnötige
42 Pendelverpflichtungen zum Seminarort sind zu vermeiden. Lehrinhalte wie
43 z.B. Schulrecht sollen praxisorientierter oder digital gestaltet werden.
- 44 • Eine Übernahmegarantie für alle erfolgreich ausgebildeten Lehrkräfte muss
45 verbindlich sein, begleitet von attraktiven Einstiegsgehältern und
46 weiteren Anreizsystemen - ein konkretes attraktives Einstellungsangebot
47 des Landes sollte grundsätzlich spätestens 3 Monate vor Ende des
48 Referendariats vorliegen.
- 49 • Bewerbungsverfahren sind zu beschleunigen und digital zu modernisieren. Es
50 soll außerdem geprüft werden, inwieweit Schulen ein größerer
51 Handlungsspielraum bei der Einstellung von neuen Lehrkräften gegeben
52 werden kann
- 53 • Eine steuerfreie Prämie in Höhe von 1000 Euro für Referendar:innen im
54 ländlichen Raum soll eingeführt werden, gekoppelt an eine verpflichtende
55 Tätigkeit in der Region für einen definierten Zeitraum von 5 Jahren.
- 56 • Das Lehramtsstudium selbst sollte in Zusammenarbeit mit den Universitäten
57 praxisnäher gestaltet werden, z.B. durch noch mehr Fokus auf die
58 fachdidaktische Ausbildung und verbindliche Praxistage im letzten Jahr des
59 Studiums.

60 3. Pädagogische Qualität und schulische Arbeitsbedingungen verbessern

- 61 • Die Lehrpläne sind in einem partizipativen basisdemokratischen Prozess mit
62 allen relevanten Akteur:innen (Schüler:innen, Lehrkräfte, Eltern,
63 Universitäten) zu evaluieren und im Anschluss zu zeitgemäß reformieren.
64 Der Fokus soll dabei auf der individuellen Förderung, Inklusion und einer
65 modernen Didaktik liegen, die die Schüler:innen in den Mittelpunkt der
66 Lehrpläne stellt.
- 67 • Die soziale und emotionale Entwicklung von Schüler:innen und die mentale
68 Gesundheit von Lehrkräften ist durch Ausbau von Schulsozialarbeit und
69 Programmen zur Förderung der Lehrer:innengesundheit systematisch zu
70 unterstützen.
- 71 • Die Arbeitszeit von Lehrkräften muss systematisch erfasst werden. Dazu ist
72 die GEW eng in eine kritische Prüfung und Einführung von
73 Arbeitszeiterfassungssystemen einzubeziehen.

- 74 • Verwaltungsassistenzen sollen an allen Schulen eingesetzt werden, damit
75 sich Lehrkräfte auf den Unterricht und ihre pädagogischen Aufgaben
76 konzentrieren können. Schulen soll dabei die größtmögliche Freiheit
77 gegeben werden, wie und in welchem Umfang Verwaltungsassistenzen an ihren
78 Schulen gewinnbringend für die Schulgemeinschaft eingesetzt werden können.
79 Die Ergebnisse des letzten Pilotprojektes sind schnell auszuwerten.
- 80 • In enger Absprache mit den Schulleitungen sollen Vorschläge erarbeitet und
81 zeitnah umgesetzt werden, wie die Schulautonomie ausgeweitet werden kann.
82 Besonders zu berücksichtigen ist hierbei die Einstellung von Lehrkräften
83 und Verwaltungspersonal, damit Schulen ihren Bedarf flexibler decken
84 können, ohne auf die Schulämter als "Flaschenhals" angewiesen zu sein.

85 4. Demokratie, Bildungsbeteiligung und Investitionspriorisierung

- 86 • Bildungsinvestitionen sind bei Abwägungsentscheidungen vorrangig gegenüber
87 anderen Haushaltsposten zu behandeln, um nachhaltige Verbesserungen zu
88 ermöglichen.
- 89 • Die politische Bildung aller Schüler:innen muss weiter ausgebaut werden,
90 um demokratische Werte und Engagement zu erhöhen - auch durch eine weitere
91 Stärkung und strukturell erweiterte Teilhabe der
92 Landeschüler:innenvertretung, bzw. der Schüler:innenvertretungen
93 generell.
- 94 • Programme zur Elternarbeit, in Zusammenarbeit mit dem Landeselternrat,
95 sind intensiv auszubauen, z.B. durch Elternsprechstunden,
96 Informationsveranstaltungen und Workshops.
- 97 • Medienkompetenz ist als unverzichtbarer Bestandteil in allen Schulformen
98 zu fördern, um Schüler:innen für die Herausforderungen digitaler
99 Informationslandschaften zu wappnen.

100 5. Systematische Steuerung und wissenschaftliche Fundierung

- 101 • Ein verpflichtender jährlicher Bildungsbericht ist im Sinne der
102 Qualitätssicherung einzuführen, der die Lage der Lehrkräfte, die
103 Ausbildungssituation von neuen Lehrer:innen und Lernbedingungen der
104 Schüler:innen transparent erfasst. Dieser Bericht ist unter Einbindung von
105 wissenschaftlicher Expertise, Schüler:innenvertretungen und Gewerkschaften
106 zu erstellen. Auf dessen Basis sollen jährliche Ziele formuliert werden,
107 die dabei helfen sollen die Bildungssituation im Land zu verbessern.
- 108 • Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zu aktuellen fachlichen und
109 pädagogischen Themen sind verpflichtend jährlich durchzuführen,
110 idealerweise als schulinterner Fortbildungstag.
- 111 • Schulämter müssen personell so ausgestattet und digital so organisiert
112 sein, dass sie Schulen tatsächlich effizient unterstützen und flexible,
113 praxisnahe Personalgewinnung gewährleisten können.

114 6. Bildungsgerechtigkeit durch strukturelle Reformen

- 115 • Erkenntnissen aus den Bildungs- und Sozialwissenschaften sollen bei
116 bildungspolitischen Entscheidungen Verbindlichkeit eingeräumt werden, auch
117 um allen Kindern einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu
118 ermöglichen.

- 119 • Das System der Leistungsbewertung mit Ziffernnoten ist auf den Prüfstand
120 zu stellen und durch Bewertungssysteme zu ersetzen, die den Schüler:innen
121 einen echten Überblick über ihren individuellen Lernfortschritt geben.
122 Kopfnoten sind grundsätzlich abzuschaffen.

- 123 • Das dreigliedrige Schulsystem soll überwunden und stattdessen eine
124 flächendeckende Gemeinschaftsschule (Gesamtschule) für alle Klassenstufen
125 von 1 bis 12 etabliert werden, um soziale Segregation zu verhindern und
126 echte Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Antragsbegründung

Erfolgt mündlich.